



# **Open Access Repository**

www.ssoar.info

## Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatten und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft [2013]

Bade, Klaus J.

Veröffentlichungsversion / Published Version Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Bade, K. J. (2018). Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatten und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft [2013]. *Historical Social Research, Supplement*, 30, 318-337. <a href="https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.318-337">https://doi.org/10.12759/hsr.suppl.30.2018.318-337</a>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0





## Historical Social Research Historische Sozialforschung

### Klaus J. Bade:

Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatten und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft [2013]

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.318-337

Published in:

Historical Social Research Supplement 30 (2018)

Cite as:

Bade, Klaus J. 2018 [2013]. Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatten und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft.

Historical Social Research Supplement 30: 318–37.

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.318–337.

For further information on our journal, including tables of contents, article abstracts, and our extensive online archive, please visit <a href="http://www.gesis.org/en/hsr">http://www.gesis.org/en/hsr</a>.

## Historical Social Research Historische Sozialforschung

### Other articles published in this Supplement:

Klaus J. Bade

Warum es kam, wie es kam: Autobiografische Anmerkungen.

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.9-92

Klaus J. Bade

 $\label{thm:condition} \mbox{Der Traum vom ,} \mbox{Export der sozialen Frage'} \mbox{ durch imperiale Expansion und}$ 

koloniale Auswanderung: der Fall Friedrich Fabri [1975/2005].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.95-114

Klaus J. Bade

Zur interdisziplinären Ortsbestimmung sozialhistorischer Migrationsforschung:

Begriffe und Modelle, Methodenfragen und Theorieprobleme [1979/2005].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.115-144

Klaus J. Bade

Bewegungsformen und Bestimmungsfaktoren transnationaler und interner Migration in den deutschen

Nordostgebieten vor dem Ersten Weltkrieg: Entwurf eines heuristischen Modells [1979/2005].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.145-164

Klaus J. Bade

Vom Export der Sozialen Frage zur importierten Sozialen Frage: Deutschland im transnationalen

Wanderungsgeschehen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts [1984/1985].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.165-205

Klaus J. Bade

Historische Migrationsforschung [2002].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.206-226

Klaus J. Bade

Migration in der europäischen Geschichte seit dem späten Mittelalter [2002].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.227-234

Klaus J. Bade

Wanderungstraditionen und Wanderungssysteme am Ende der Frühen Neuzeit [2002].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.235-265

Klaus J. Bade

Wanderungen im Europa des 19. und frühen 20. Jahrhunderts: Arbeitswanderungen und Unternehmerreisen [2000].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.266-292

Klaus J. Bade

Enzyklopädie Migration in Europa vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart [2007/2011].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.293-305

Klaus J. Bade

Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, "Islamkritik" und Terror in der Einwanderungsgesellschaft [2013/2014].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.306-317

Klaus J. Bade

Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatten und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft [2013].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.318-337

Klaus J. Bade

Von Unworten zu Untaten: Kulturängste, Populismus und politische Feindbilder in der deutschen

Migrations- und Asyldiskussion zwischen 'Gastarbeiterfrage' und 'Flüchtlingskrise' [2016].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.338-350

Klaus J. Bade

Einwanderungsgesellschaft in der 'Flüchtlingskrise' [2017].

doi: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.351-363

### Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatten und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft [2013]

### Klaus J. Bade\*

Abstract: »Blockade und liberation: identity crisis, surrogate public debates, and new self images in the immigrant society«. For decades, German scientists, writers, and experts from many fields related to immigration and integration have permanently - but unsuccessfully - been prompting politicians and the government to abandon populistic defensive attitudes against immigration. Instead they called, unsuccessfully too, for the shaping of clear concepts for migration control and integration promotion. Furthermore, they demanded not to spread fake news about 'failed integration' but instead to report on the in fact relatively successful integration. However, it was not before the first decade of the twenty-first century that powerful state initiatives were established to promote integration and, to a certain extent, also to re-orientate migration politics. This turn, however, came too late for many people in the country. The result was a paradoxical tension between integration processes that were successful on the whole and wrong perceptions of 'failed integration.' Ways out of this dilemma of socially and culturally deficient self-descriptions might be found by open discussions about new narratives activating cultural and social cohesion in the immigrant society with its multitude of identities.

**Keywords:** Populism, anti-Islamic agitation, identity crisis, a new narrative for the immigration society, social cohesion.

### 1. Verdrängung – Empörung – Exklusion: Sarrazin-Debatte, 'Islamkritik' und negative Integration

"Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten". So habe ich 1994 eine Kritik an der Vernachlässigung der Gestaltungs- und Vermittlungsaufgaben in Sachen Migra-

Historical Social Research Supplement 30 (2018), 318-337 | published by GESIS DOI: 10.12759/hsr.suppl.30.2018.318-337

<sup>\*</sup> Bade, Klaus J. 2013. Blockade und Befreiung: Identitätskrise, Ersatzdebatte und neue Selbstbilder in der Einwanderungsgesellschaft. In Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, 'Islamkritik' und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, 348-76. Schwalbach i. Ts.: Wochenschau Verlag. (2. Aufl. April 2013; 3. Aufl. als E-book, März 2014).

tion und Integration in Deutschland überschrieben.<sup>1</sup> 'Besserwisser' pflegen nur beliebt zu sein, wenn sie des Irrtums überführt werden können. Das ist hier, leider, nicht der Fall. Und es gab viele Warner, die sich, wie ich selber, nie für 'Besserwisser' gehalten haben, eher vielleicht für Klarseher ohne 'Scheuklappen' (Otto Schily).<sup>2</sup> Dazu gehörten praxisbezogen arbeitende Wissenschaftler, kritische Publizisten und Experten aus den verschiedensten Praxisbereichen, unter ihnen auch die Integrationsbeauftragten auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Ihre Mahnungen wurden überhört oder verdrängt. Zu verdichten begann sich kollektives Misstrauen im Blick auf Migration und Integration, auf Migrations- bzw. Integrationspolitik und ersatzweise auf die Zuwandererbevölkerung selbst.

Erst im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, mindestens ein Vierteljahrhundert zu spät, kam es zu kraftvollen integrationspolitischen und zögerlich auch zu migrationspolitischen Initiativen. Ihre Bedeutung wurde in der öffentlichen Diskussion oft ebenso wenig erkannt wie die Tatsache, dass Integration auf kommunaler Ebene, vor dem Hintergrund der lange widrigen staatlichen Rahmenbedingungen betrachtet, sogar meist relativ erfolgreich verlaufen war. Integrationserfolge wurden allerdings häufig auch von fahrlässigen populistischen Politikern schlechtgeredet und in nicht wenigen Leitmedien larmoyant kaputtgeschrieben. Die Rede von der "gescheiterten Integration" überdauerte, allen empirischen Gegenbelegen zum Trotz, denn schlechte Nachrichten laufen besser als gute. Das war einer der Hintergründe für die Empörungsexplosion der Sarrazin-Debatte 2010/11. Die an ihren Frontlinien sichtbar gewordenen Abwehrhaltungen, diffusen Ängste, Projektionen und Aggressionen sollten als Warnsignale aus einer empörungsbereiten Bürgergesellschaft in Erinnerung bleiben.

Welche Rolle die Sarrazin-Debatte und die von ihr in wechselseitiger Eskalation forcierte 'Islamkritik' für die Entwicklung der Einwanderungsgesellschaft und der politischen Kultur in Deutschland gespielt haben werden, wird sich erst im Rückblick aus der Zukunft in die Vergangenheit sagen lassen, die heute unsere Gegenwart ist. Mit der gebotenen Zurückhaltung gegenüber den langen Entwicklungslinien lassen sich aber auch heute schon eine Reihe von zum Teil umfragegestützten Entwicklungstrends und Folgeabschätzungen notieren:

In den bei Sarrazin sachlich zutreffenden, wenn auch zumeist nur neu entdeckten und zum Teil unnötig überzogenen Positionen hat die nach ihm benannte Debatte schlechterdings gar nichts bewirken können: In führenden Kreisen der politischen Parteien breitete sich bald eine pauschalisierende "Sarrazin ist pfüi"-Haltung aus, mit der man zunächst nicht nur die fällige, aber zweifelsohne peinliche, weil notwendig selbstkritische Auseinandersetzung mit der politischen Provokation, sondern sogar den Namen und das Buch selbst durch die Rede vom "S-Wort", dem "S-

<sup>2</sup> Schily, Otto: Integration. Alarmierender Einblick, in: Der Spiegel, 2005, Nr. 4. Vgl. auch Bade, Klaus J.: Leviten lesen. Migration und Integration in Deutschland, in: IMIS-Beiträge, 2007, H. 31, S. 43-64.

.

Klaus J. Bade, Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten. Die große Ratlosigkeit. Einwanderungsprobleme ohne Einwanderungspolitik, in: Frankfurter Rundschau, 21.11.1994 (gekürzte Fassung meines Hauptreferat auf dem ersten Symposium der Deutschen Nationalstiftung in Weimar am 4.11.1994 zum Thema: "Einwanderung in Deutschland – politische Aufgabe und gesellschaftliche Herausforderung").

Buch' bzw. 'dem Buch' zu tabuisieren strebte. Die SPD führte durch die Ersatzhandlung ihres blamablen Nicht-Ausschlussverfahrens auf der politischen Bühne nur sich selber vor; denn sie zeigte damit, dass ein Ausschluss ohne zureichende parteiinterne Sachdiskussion für viele ihrer Mitglieder, die Sarrazins Argumenten zumindest zum Teil zuneigten, nicht nachvollziehbar gewesen wäre. All das blockierte die nötige politische Auseinandersetzung mit einer ganzen Reihe von durch Sarrazin angesprochenen, wenn auch oft polemisch überzogenen und ideologisch unterlegten Problemen.

Dass Sarrazins Argumente dabei vielfach nur neu entdeckt waren, wäre nicht von Belang gewesen im Blick auf den Lernprozess, der von diesem neuerlichen, wenn auch wesentlich negativen Anstoß hätte ausgehen können. Aber dabei stand sich Sarrazin mit der von Beginn an medial in den Vordergrund drängenden skandalisierenden Überziehung seiner Botschaften und deren weltanschaulichideologischer Begleitmusik weitgehend selbst im Weg.

Ich habe in den vergangenen Jahren in Wort und Schrift immer wieder für ein "solidarisches Wir" in der Einwanderungsgesellschaft geworben.<sup>3</sup> Die Sarrazin-Debatte hat, wie der Berliner Integrationsbeauftragte Piening bei einer unserer letzten Begegnungen sagte, in der Integrationsdiskussion ein Stück weit "dieses mühsam erreichte "Wir" wieder kaputt gemacht". "Das Vertrauen der Einwanderer in die Gesellschaft hat einen tiefen Riss bekommen", urteilte Piening im März 2012 in seiner kritischen Abschiedsbilanz. Ursache seien "die Vorgänge um die Zwickauer Terrorgruppe sowie die Debatte um das Sarrazin-Buch" gewesen. "Das ist verheerend, weil die Einwanderergruppen eigentlich immer ein größeres Vertrauen in die deutschen Institutionen hatten, als die Einheimischen selbst."<sup>4</sup>

Sarrazins Buch und die daran anschließende Debatte hätten "nicht nur keine neuen Erkenntnisse gebracht, sondern vorhandene Probleme eher verschärft, als hilfreiche Wege aufzuzeigen", bestätigte zeitgleich der Berliner Bischof Markus Dröge. "Das Buch hat Fronten verhärtet, Vertrauen zerstört." Das hatte auch der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière von Beginn an bei Sarrazin so gesehen: "Meine Hauptkritik ist, dass er mit seiner für ihn finanziell einträglichen Provokation eine Debatte zerstören will. Er braucht für seine Thesen, dass er die Erfolge, die es gibt, leugnet. Es ist doch nicht so, dass sich da endlich mal einer traut, Tabus aufzubrechen. Alle Themen, die er anspricht, sind längst in der Debattet." Ganz ähnlich urteilte der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, Manfred Schmid. Er sah auch migrationspolitisch die Grundsätze in Frage gestellt, die "mühsam unter den großen Parteien erstritten" worden seien: auf die

Orde, Sabine am: Migrationsforscher Klaus J. Bade. "Es mangelt an einem solidarischen Wir", Interview in: taz.de/Die Tageszeitung, 10.2.2009.

Mittelschicht sucht Sündenböcke'. Integrationsbeauftragter Piening zieht Bilanz, in: Berliner Zeitung, 19.3.2012.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Bischof Dröge. Sarrazin-Buch hat Vertrauen zerstört, in: Katholische Nachrichtenagentur, 13.3.2012.

<sup>6</sup> Thomas de Maizière über den Fall Thilo Sarrazin. Interview Armin Käfer/Thomas Maron, in: Badische Zeitung, 2.9.2010.

Integration der Zuwanderer zu setzen und das Land vorsichtig für neue Fachkräfte zu öffnen. "Dieser über zehn Jahre erreichte Konsens ist nun gefährdet".

Die Sarrazin- und Kelek-freundliche stellvertretende Chefredakteurin der Welt und der Berliner Morgenpost, Andrea Seibel, deren journalistischer Weg von der linken taz bis an die Spitze von Leitmedien des Hauses Springer führte, hatte sich publizistisch von Beginn an um die "nachhaltigen Offenbarungen der Sarrazin-Debatte" bemüht.<sup>8</sup> Sie engagierte sich auch nach deren Auslaufen noch als geistige Nachlassverwalterin der Debatte und räsonierte im Mai 2011 bündig: "Deutschland ist durch Sarrazin klüger geworden. "Das war für "Deutschland" richtig und falsch zugleich, wie entsprechende Umfragen zeigen.

Im Blick auf die Einwanderungsgesellschaft in Deutschland empfiehlt es sich zunächst einmal, mehr zu differenzieren und bei Wirkungseinschätzungen wenigstens die Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund und die gerade in der Sarrazin-Debatte besonders düpierte und geschmähte, immerhin millionenstarke muslimische Einwandererbevölkerung auseinander zu halten. Wer stattdessen bei Wirkungseinschätzungen in Integrationsfragen nur von 'Deutschland' insgesamt redet und damit übersieht, dass heute in Deutschland jeder Fünfte sowie jedes dritte Kind einen Migrationshintergrund haben und in deutschen Großstädten der Gesamtanteil der Einwanderer heute schon bei 40 Prozent (z.B. Augsburg: 39,2%, Frankfurt: 42,1%) liegt<sup>10</sup>, ist in der Einwanderungsgesellschaft noch nicht ange-

Das dritte, im Frühjahr 2012 vorgelegte Integrationsbarometer des Sachverständigenrats hat gezeigt, dass die Sarrazin-Debatte zwar insgesamt zu einer intensiveren Beschäftigung mit Integrationsfragen und zu einer klareren Positionierung bei der Bewertung von Integration und Integrationspolitik geführt hat. Aber die fragwürdige Win-Win-Beziehung zwischen dem Bestsellerautor und seiner Anhängerschaft in der Mehrheitsbevölkerung war ein desintegratives Geschäft zu Lasten Dritter; denn die Zeche für den bestenfalls begrenzten und historisch verspäteten Lerneffekt bei der Mehrheitsbevölkerung zahlten die Einwanderer und unter ihnen besonders die Muslime:

Schon ein Vergleich der einschlägigen Ergebnisse des ersten SVR-Barometers vom Frühjahr 2010 mit denen des zweiten vom Frühjahr 2011, deren Erhebungszeiträume (Ende 2009/Ende 2010) den Höhepunkt der Sarrazin-Debatte im Hoch-

Zitiert nach: Preuß, Roland: Unsinn in allen Schattierungen, in: sueddeutsche.de,

Seibel, Andrea: Die nachhaltigen Offenbarungen der Sarrazin-Debatte. Interview mit Necla Kelek und Monika Maron, in: Die Welt Online, 27.9.2012; vgl. u.v.a.: dies./Faruhn, Joachim/Schumacher, Hajo: Thilo Sarrazin. "Ich bin kein Rassist", in: Berliner Morgenpost, 28.8.2010; Seibel, Andrea: ,Nicht Sarrazin, sondern die Diskussion spaltet das Land.' Interview mit Necla Kelek und Monika Maron, in: Die Welt Online, 2.9.2010; Seibel, Andrea/ Broder, Henryk M.: "Das ist die Wut der Pharisäer", Interview mit Thilo Sarrazin, in: Die Welt Online, 10.1.2012.

Seibel, Andrea: Deutschland ist durch Sarrazin klüger geworden, in: Die Welt Online, 9.5.2011.

Foroutan, Naika: Muslimbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte, in: WISO Diskurs. Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschaftsund Sozialpolitik, November 2012, S. 28.

sommer und Herbst 2010 umschlossen, hatte gezeigt, dass in der Zuwandererbevölkerung – bei insgesamt noch immer positiven Werten – der noch Ende 2010 gemessene ausdrückliche Integrationsoptimismus deutlich zurück gegangen war: Ende 2009 teilten noch fast 22 Prozent der befragten Zuwanderer "voll und ganz" die Auffassung, dass Mehrheits- und Zuwandererbevölkerung "ungestört miteinander" lebten. Ende 2010 war dieser Wert auf 9 Prozent abgestürzt. Die winzige Zahl der Integrationspessimisten hingegen, die dieser Standardleitfrage des SVR-Barometers "gar nicht" zustimmen konnten, war im gleichen Zeitraum von 3,5 Prozent auf fast das Doppelte (6%) gestiegen.

Die im Juli 2011 präsentierten Ergebnisse der elften, seit 1999 jährlich unter türkischstämmigen Zuwanderern in Nordrhein-Westfalen durchgeführten Mehrthemenbefragung der Stiftung Zentrum für Türkeistudien erbrachten den schärfsten Anstieg von "Diskriminierungserfahrungen" auf 81 Prozent seit 10 Jahren. Eine wachsende Zahl der Befragten habe das Gefühl, "unerwünscht zu sein" und "abgewiesen zu werden". Dies sei "auch das Resultat" der Sarrazin-Debatte, erklärte als Institutsleiter der deutsch-türkische Sozialpsychologe und Integrationsforscher Haci-Halil Uslucan, der auch Mitglied des SVR ist und dort von den Stiftungen nachgewählt wurde, als ich im Sommer 2012 ausschied. Der NRW-Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) beklagte, "die Sarrazin-Debatte habe das Klima bei den Zuwanderern erheblich belastet. Viele fühlten sich durch dessen Thesen über Integrationsunwilligkeit verletzt und ausgegrenzt." Es drohe eine bedenkliche "Re-Migration" in die Türkei, weil gerade "in Deutschland gut ausgebildete Akademiker" in die Heimat ihrer Eltern abwanderten. "Das ist ein Minusgeschäft", warnte Schneider.

Dennoch zeigte auch diese Umfrage das schon mehrfach erwähnte Paradox zwischen Integrationsverlauf und Integrationswahrnehmung, diesmal nicht aus der Sicht der Mehrheitsbevölkerung auf die muslimische, vorwiegend türkischstämmige Zuwandererbevölkerung, sondern bei der türkeistämmigen Zuwandererbevölkerung selbst: Trotz sprunghaft gestiegener Ausgrenzungsempfindungen belegten die Indikatoren weiterhin deutliche Integrationsfortschritte: Nur 2 Prozent der Befragten hatten sich zurückgezogen und lehnten jeden Kontakt zu Deutschen ab. 95 Prozent hingegen unterhielten Kontakte zu Deutschen, 40 Prozent sogar "enge freundschaftliche Beziehungen." <sup>11</sup>

Die vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene "Muslimstudie", die verschiedene Befragungen, auch die des SVR, vor und nach dem Erscheinen des Sarrazin-Buches und der daran anschließenden Mediendebatte vergleichend analysiert hat, enthält einen längeren, datengespickten "Exkurs: vor und nach Sarrazin". Er führt zu einem für das Integrationsverhalten der muslimischen Bevölkerung in Deutschland und damit für die Einwanderungsgesellschaft insgesamt möglicherweise "fatalen" Ergebnis. Dabei muss freilich immer offen bleiben, in welchem Grade es sich dabei jeweils um einen "Sarrazin-Effekt" handelte; denn die auf eigene Umfragen gestützten Aussagen der Muslim-Studie sind nicht repräsentativ

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Türkische Zuwanderer fühlen sich 'unerwünscht', in: Die Welt online, 19.7.2011.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Hierzu Bade, Kritik und Gewalt, Kap. 7.2.

und überdies wurde die Erfahrungswelt der Befragten ja nicht etwa nur durch die Sarrazin-Rezeption bestimmt:

Für die Muslime deutscher Staatsangehörigkeit ergaben sich nur unscharfe Ergebnisse. Eine Art Ausgrenzungsgefühl sprach aus der signifikant stärker gewordenen Auffassung, "dass die Deutschen wollen, dass die zugereisten Muslime die Kultur ihres Herkunftslandes bewahren sollten". Das signalisierte ein Auseinanderfallen der wechselseitigen Einschätzungen und Erwartungshaltungen. Sollte dies ein "Sarrazin-Effekt" gewesen sein, so Exkurs-Autor Wolfgang Frindte, "hätten wir es mit einer fatalen Intergruppen-Konstellation zu tun, die der Integration sicher nicht sehr förderlich sein dürfte."<sup>13</sup>

Erheblich drastischer fiel das Ergebnis für die nichtdeutschen Muslime aus, für die ebenfalls die oben genannten Einschränkungen gelten: Das Interesse, "die Kultur unseres Herkunftslandes bewahren" zu wollen, stieg von knapp 52 Prozent auf rund 72 Prozent, das Gefühl einer "großen Verbundenheit mit der Gemeinschaft der Muslime" von 41 Prozent auf gut 70 Prozent. Die "Vorurteile gegenüber dem Westen" wuchsen von gut 33 Prozent auf knapp 53 Prozent und der "religiöse Fanatismus" stieg von knapp 26 Prozent auf knapp 49 Prozent. "Vorurteile gegenüber Juden" wuchsen von knapp 30 Prozent auf rund 33 Prozent, der "Hass gegenüber dem Umgang der westlichen Welt mit dem Islam" stieg von 11 Prozent auf knapp 27 Prozent und die Rechtfertigung, sich mit Gewalt gegen die "Bedrohung der islamischen Welt durch den Westen" zu verteidigen, wuchs von gut 7 Prozent auf 27 Prozent. Gesunken war einzig die Bereitschaft, "die deutsche Kultur übernehmen" zu wollen: von 37 Prozent auf knapp 14 Prozent.

Stimmungs- und Verhaltensänderungen solcher Dimension, die Naika Foroutan als emotionale und identifikatorische Abkehr vom Einwanderungsland zugunsten von regionalen oder lokalen Ersatzidentitäten<sup>14</sup> beschrieben hat, sind in einer Einwanderungsgesellschaft nicht "naturwüchsig". Sie sind meist das Ergebnis jener aggressiven Mischung von Assimilations- und Exklusionsdruck, die für viele Muslime eine Grunderfahrung der stark "islamkritisch" unterlegten Sarrazin-Debatte war. Die Autoren, die bei der Interpretation ihrer hochdifferenzierten Ergebnisse wissenschaftliche Umsicht und Zurückhaltung hatten walten lassen, warnten zwar vor voreiligen Kausalschlüssen, kamen aber doch zu einer klaren Einschätzung: "Auch diese Ergebnisse würden – falls sie Folgen der Sarrazin-Debatten im September 2010 sind – zu fatalen Schlussfolgerungen führen. Die Debatten hätten dann nicht, wie […] in manchen deutschen Medien behauptet […] die Diskussion um die Integration der Muslime in Deutschland weiter angeregt, sondern ihr empfindlich geschadet."<sup>15</sup>

Sarrazin, der, wie sich mehrfach erwies, mit seiner öffentlichen Benotung von Texten schneller ist als mit deren Lektüre und damit selber just das betreibt, was er seinen Kritikern gerne vorhält, hatte sich voreilig gefreut mit der erwähnten, wieder

-

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Frindte, Wolfgang/Boehnke, Klaus/Kreikenbom, Henry/Wagner, Wolfgang: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, Berlin 2012, S. 585.

Foroutan, Muslimbilder in Deutschland, S. 52f.

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Frindte u.a, Lebenswelten junger Muslime in Deutschland, S. 591f.; vgl. Şenol, Ekrem: Die Spielregeln, der Teufelskreis und die logischen Folgen der Sarrazin-Debatte, in: MiGAZIN, 5.3.2012.

einmal zu Lasten der Muslime skandaltreibenden Einschätzung, die von der Bild-Zeitung verbogenen Ergebnisse der "Muslimstudie" hätten seine fragwürdigen Thesen über die mangelhafte Integration von Muslimen "glänzend bestätigt". 16 In Wahrheit deutete die Studie darauf hin, dass sein Buch und die damit verbundene Diskussion der Integration der Muslime einen Bärendienst erwiesen hatten.

Neu beschädigt hat die Sarrazin-Debatte auch das erst durch die Diskussion um das SVR-Jahresgutachten im Frühjahr 2010 kurzfristig aufgebesserte Image des Einwanderungslandes Deutschland im Ausland, wie irritierte Fragen ausländischer Journalisten nach einer Rückkehr der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland immer wieder zeigten. "Die Sarrazin-Debatte hat dem Ansehen Deutschlands nicht geholfen. Das spricht sich herum bis nach China", mahnte bei einem Berlinbesuch Tamar Jacoby, New Yorker republikanische Politikmanagerin, Journalistin, Buchautorin und Kämpferin für eine Liberalisierung der amerikanischen Einwanderungsgesetze.17

Dadurch können potentielle qualifizierte Zuwanderer, nicht etwa nur "muslimischer' Glaubenszugehörigkeit, verprellt werden. 18 Der in den letzten Jahren verstärkte Anstieg des Zuzugs von qualifizierten Drittstaatsangehörigen von 1.200 (1998) auf über 21.000 (2010) hatte vorrangig mit der Aufhebung der Zuwanderungsschranken und nichts mit Attraktivitätssteigerung auf deutscher Seite tun. Das gleiche gilt für die aktuellen starken Zuwanderungen nach Deutschland: für die Zuwanderung von qualifizierten Konjunktur- und Krisenflüchtlingen aus Süd- und Südoststaaten der EU, die eine - möglicherweise vergängliche - Ausgeburt akuter Not auf den Arbeitsmärkten der Ausgangsräume ist, und für die starke, auch geringqualifizierte Segmente einschließende Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten, die durch die EU-Osterweiterung ermöglicht worden ist.

Auch in der weiteren Öffentlichkeit war die Wirkung der Sarrazin-Debatte in keiner Hinsicht ,glänzend':

Sie hat die Desintegrationspublizistik und insbesondere die islamophobe publizistische Agitation und Denunziation bestärkt und in der Mehrheitsbevölkerung längst überwunden geglaubte ethno- und sozialbiologistische Denkmuster wieder erweckt und neu legitimiert.

In der millionenstarken muslimischen Einwandererbevölkerung hat sie schweren Schaden angerichtet, den man nicht 'schönschreiben' kann. Sie hat das Grundvertrauen der Integrationsoptimisten erschüttert und die Befürchtungen der Integrationspessimisten bestärkt.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Vor allem junge Muslime haben Probleme mit der Integration. Sarrazin freut sich über Ergebnis der Muslim-Studie, in: Focus online, 1.3.2012.

<sup>&</sup>quot;Ihr Deutschen braucht mehr Bindestrich-Identitäten". Interview mit Tamar Jacoby, in: Berliner Zeitung, 22,1,2011.

Tamar Yacoby (New York) im Interview mit der Berliner Zeitung: "Die Sarrazin-Debatte hat dem Ansehen Deutschlands nicht geholfen. Das spricht sich rum bis nach China." "Ihr Deutschen braucht mehr Bindestrich-Identitäten'. Interview mit Tamar Jacoby, in: Berliner Zeitung, 22.1.2011.

Ette, Andreas/Rühl, Stefan/Sauer, Lenore: Die Entwicklung der Zuwanderung hochqualifizierter Drittstaatsangehöriger nach Deutschland, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, 2012, Nr. 1/2, S. 14-20.

In der Mehrheitsbevölkerung hat die Sarrazin-Debatte zwar pragmatische Differenzierungen und aktive Positionierungen befördert, aber zum Teil um den Preis einer Forcierung fremdenfeindlicher Abwehrhaltungen gegenüber bestimmten, insbesondere muslimischen Einwanderergruppen. Sie hat also neben der pragmatischen Diskussion auch die altbekannte Empörungssemantik intensiviert, Abwehrhaltungen gruppenbezogen kanalisiert und damit die Diskussion deutlich hinter den Stand zurückgeworfen, der im Frühjahr 2010 mit dem national und international vielbeachteten SVR-Gutachten erreicht worden war.<sup>20</sup>

Auch Transparenz ist durch die Sarrazin-Debatte nicht in die nur angeblich neue öffentliche Integrationsdiskussion gekommen. Hier könnte man der Schlusspointe eines selber einigermaßen verworrenen Gedenkartikels von Necla Kelek zum einjährigen Jubiläum der Publikation des Sarrazin-Buches in der FAZ vom August 2011 durchaus zustimmen: "Ein Jahr nach Sarrazins Buch ist die Verwirrung größer denn je."21 Das gilt allerdings nicht für den wissenschaftlichen Diskurs, für den die Sarrazin-Debatte inhaltlich belanglos blieb und den Necla Kelek schon lange nicht mehr überblickt.

Bei der Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund erscheint das umfragegestützte Meinungsspektrum zwar noch unübersichtlich, aber alarmierend: Die neueste, hier zuletzt noch erfasste, zwar methodisch problematische, aber als Tendenzmarker nützliche Studie über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland<sup>22</sup> zeigt gebrochene bis gegensätzliche Werte für Ost- und Westdeutschland:

Im Osten, wo es bekanntlich vergleichsweise wenige Menschen mit Migrationshintergrund und erst Recht kaum Muslime (z.B. Mecklenburg-Vorpommern: 0,1%) gibt, ist die paradoxe Entwicklung der rechtsextremen Fremdenfeindlichkeit ohne noch weiter im Alarmbereich fortgeschritten. "Rechtsextreme" Einstellungen haben sich im Osten innerhalb des letzten Jahrzehnts von 8,1 Prozent (2002) auf 15,8 Prozent (2012) nahezu verdoppelt, wobei seit 2010 (10,5%), dem Jahr der Sarrazin-Debatte, ein enorm beschleunigter Anstieg zu verzeichnen ist. Mehr noch, die demoskopische Alterspyramide steht neuerdings geradewegs auf dem Kopf: Im Gegensatz zu früheren Befragungen dominiert als Vertreter von Chauvinismus, Sozialdarwinismus, NS-Verharmlosung und Befürworter einer rechtsautoritären Diktatur nicht mehr die Altersgruppe über 60 Jahren, sondern diejenige von 14-30

In diesem Sinne auch: Benz, Wolfgang: Die Feinde aus dem Morgenland. Wie die Angst vor den Muslimen unsere Demokratie gefährdet, München 2012, S. 97-99.

Kelek, Necla: Sarrazin, Ein Jahr danach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.8.2011.

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar/Melzer, Ralf: Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012, Bonn 2012; Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt, in: ders. (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2012; vgl. Bade, Kritik und Gewalt, Kap. 8.1.

Bundespräsidialamt, Gedenkfeier "Lichtenhagen bewegt sich". Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck zum 20. Jahrestag der fremdenfeindlichen Angriffe auf das "Sonnenblumenhaus' am 26.8.2012 in Rostock. Zu diesen 'biederen Fassaden' gehört im ländlichen Raum, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, die expandierende 'braune Ökologie' mit ihrem völkisch-nationalistischen und rechtsextremistischen Hintergrund. Hierzu: Heinrich Böll Stiftung (Hg.), Braune Ökologen. Diesen Hinweis verdanke ich Conchita Oberndörfer-Hübner.

Jahren, die vor diesem Hintergrund wie eine Generation Rechtsextremismus erscheint.

Im Westen ist eine tendenziell gegenteilige Entwicklung zu beobachten, ein Rückgang "rechtsextremer" Einstellungen seit 2002 um 4,0 Prozent auf 7,3 Prozent, wobei der rückläufige Trend aber seit dem Jahr der Sarrazin-Debatte 2010 (7,6%) scharf abflachte und bis 2012 nur mehr 0,3 Prozent betrug. Ob und inwieweit dies konkret mit Einflüssen der Sarrazin-Debatte und der durch sie enorm forcierten "Islamkritik" zu tun hat, lässt sich aus der Anlage der Studie nicht klar erkennen, aber die Kurven könnten jedenfalls auf einen Zusammenhang hindeuten.

Deutlich ist der Anstieg von in der Studie aufgrund ihrer Fragestellungen allerdings nur vage erfassten "islamkritischen" Positionierungen in Deutschland auf insgesamt fast 61 (60,8) Prozent (West: 58,6%, Ost: 69,6%) und von explizit "islamfeindlichen" Haltungen auf mehr als die Hälfte dieses Werts: 36 (36,2) Prozent (West: 35%, Ost: 41,3%). "Islamkritische" Publizistik und islamfeindliche Agitation dürften ihren Teil dazu beigetragen haben. Klar bleibt aber auch, dass es trotz aller fließenden Grenzen auch im Spiegel dieser Daten keine lineare Steigerung von "Islamkritik" zu Islamfeindschaft gibt.<sup>24</sup>

Die Zeit war aus den verschiedensten – durchaus nicht primär mit Migration und Integration zusammenhängenden – Gründen offenbar reif für eine öffentliche Empörungsexplosion und der Ökonom Sarrazin hat mit seinem Gespür für Marktchancen diesen explosiven Kairos erkannt. Er hat mit seinem Buch einen Stein ins Rollen gebracht, der im doppelten Sinne ein Stein des Anstoßes war: Sein Buch hat viele angezogen, andere angewidert und insgesamt eine Lawine angestoßen, die aber weniger befreite als zerstörte: Das in Gang gekommene Mischgeröll aus Demographie, Ökonometrie, Bildungsökonomie, Genetik und 'Islamkritik' löste nicht, wie Necla Kelek bei der Buchvorstellung meinte, einen "Befreiungsschlag", sondern eher einen Kahlschlag aus.

In diesem Kahlschlag entfaltete sich, von der durch die Sarrazin-Debatte forcierten 'Islamkritik' gedüngt und fast so rasant wachsend wie Münchhausens Mondbohnen, das Szenario der negativen Integration, getragen von dem nur scheinbaren Paradox einer Mehrheitsbevölkerung, die integrationsfreundlicher, zugleich aber islam- und auch muslimfeindlicher wurde. Nur scheinbar ist dieser Widerspruch im Wachstum von Gelassenheit gegenüber der Integration von Einwanderern und angespannter Skepsis gegenüber 'dem' Islam sowie zunehmend auch 'den' Muslimen, weil die Sarrazin-Debatte als angeblich 'neue Integrationsdebatte' in Wahrheit eine eskapistische Ersatzdebatte war.

Bei dieser durch die unausgesetzt hämmernde 'Islamkritik' in Gang gehaltenen Ersatzdebatte ging und geht, wie gezeigt, um die integrative Selbstfindung und Selbstvergewisserung einer aus den verschiedensten Gründen verunsicherten Mehrheitsbevölkerung durch die tendenzielle Ausgrenzung der 'islamkritisch' als identitätsstiftendes Gegenbild beschriebenen größten – muslimischen – Minderheit. Dieser im angloamerikanischen Kontext als 'Alienation' und 'Othering' (neudeutsch 'Anderung') beschriebene identitätssichernde Auskreisungsdiskurs mit seinen wechselnden Feindbildern ist aus der Migrations- und Integrationsgeschichte

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Decker u.a., Die Mitte im Umbruch, S. 86-100, 117.

bestens bekannt<sup>25</sup> und wird in Deutschland gerade neu erfahren bzw. sozialwissenschaftlich neu entdeckt.

Die Konturen des Szenarios der Flucht aus der überfälligen Debatte um die neue kollektive Identität der Einwanderungsgesellschaft mit ihren extensiv wachsenden Bindestrich-Identitäten in eine verzweifelt homogenitätsorientierte eskapistische Ersatzdebatte<sup>26</sup> zeigt ein Datenvergleich:

Vom Sachverständigenrat in seinen Integrations- und Migrationsbarometern 2010-2012 nach Migration und Integration, Migrations- und Integrationspolitik im engeren Sinne befragt, urteilte die Bürgergesellschaft durchaus rationaler und pragmatischer als viele politische Akteure zu glauben scheinen: Rund 50 Prozent der Befragten sahen und erwarteten Verbesserungen durch die Integrationspolitik, nur 10-20 Prozent rechneten mit Verschlechterungen. Fast 60 Prozent der Befragten sprachen sich für mehr Zuwanderung von Hochqualifizierten und fast 70 Prozent gegen eine verstärkte Zuwanderung von Niedrigqualifizierten aus.<sup>2</sup>

Migrationspolitisch war dies zweifelsohne eine stark utilitaristische Positionierung.<sup>28</sup> Dabei wurde überdies in der Diskussion der SVR-Ergebnisse, trotz aller Akzeptanz auch bei der Bundesregierung, meist die gefährliche Kehrseite dieser Positionierung übersehen: Wenn fast 70 Prozent der Befragten gegen eine weitere Zuwanderung von Geringqualifizierten votieren, ist damit eine utilitaristische Verstärkung der ohnehin virulenten, kulturrassistisch motivierten Abwehrhaltungen ("Zigeuner") gegenüber der Zuwanderung von meist gering oder doch wenig passfähig qualifizierten Roma aus Ost- und Südosteuropa vorprogrammiert. Sie könnte sich im Krisenfalle zu einem Konfliktszenario zuspitzen – wie Anfang der 1990er Jahre, als Hunderttausende von Roma-Flüchtlingen zugewandert waren. Aber diesmal kommen sie als EU-Bürger und können nicht mehr, wie damals, mehr oder minder zwangsweise in ihre Herkunftsgebiete ,rückgeführt' werden. Und abermals fehlt die dringend nötige gesellschaftspolitische Vermittlungsarbeit, sodass dieses Konfliktthema der überlasteten und mit Bordmitteln um seine Klärung bemühten Kommunen in der öffentlichen Diskussion zunehmend rechtspopulistischen bis rechtsextremistischen Kreisen überlassen wird. Bleibt zu hoffen, dass es nicht zu einem episodischen Nachvollzug der Exzesse der frühen 1990er Jahre kommt, die dann, wie anders, wieder einmal niemand absehen konnte...-.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> Bade, Klaus J. (Hg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992; Lucassen, Leo: The Immigrant Threat. The Integration of Old and New Migrants in Western Europe since 1850, Urbana, III. 2005.

Aus der Forschungsperspektive der Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit: Zick, Andreas/Küpper, Beate: Zusammenhalt durch Ausgrenzung? Wie die Klage über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zusammenhängen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin 2012, S. 152-176.

Bade, Klaus J./Bauer, Thomas/D'Amato Gianni/Fassmann, Heinz/Karakaşoğlu, Yasemin/ Langenfeld, Christine/Neumann, Ursula/Pries, Ludger/Schiffauer, Werner/Mitarb. d. SVR-GmbH: Integration im föderalen System. Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. SVR-Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer, Berlin 2012, S. 22, <a href="https://www.svr-migration.">https://www.svr-migration.</a> de/wp-content/uploads/2017/05/SVR\_Jahresqutachten\_2012.pdf>.

So die treffende Interpretation von N. Foroutan, Muslimbilder in Deutschland, S. 8f.

Aber die SVR-Daten hatten jenseits des aufgeklärten utilitaristischen Eigeninteresses auch eine beachtliche humanitäre Komponente: Knapp 50 Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund und ca. 40 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund sprachen sich für eine stärkere Aufnahme von Flüchtlingen aus, nur ein Drittel war dagegen. Dass dabei vorwiegend an die grundgesetzlich und verwaltungspraktisch stark eingeschränkte Aufnahme von "echten" Flüchtlingen gedacht war, ändert nichts am Vorhandensein dieser, die rein utilitaristische relativierenden humanitären Komponente. Das sollte der vorzugsweise an angeblichen Abwehrhaltungen und Ängsten der Bürger orientierten Flüchtlings- und Asylpolitik zu denken geben.

Weiterhin konnte im Sinne der für das SVR-Jahresgutachten 2012 abgestimmten Formel von einer verstärkten "Positionierung ohne Polarisierung" berichtet werden; denn die Zahl der Befragten, die die SVR-Leitfrage, ob das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft als "ungestört" erlebt werde, unsicher oder doch unentschieden mit ,teils teils' beantwortet hatten, war von der Umfrage vor der Sarrazin-Debatte (Ende 2009) bis zu derjenigen nach der Debatte (Ende 2011) deutlich gesunken zugunsten klarer Positionierungen. Die Mehrheitsbevölkerung ohne Migrationshintergrund hatte bei der Einschätzung von Migration/Migrationspolitik und von Integration/Integrationspolitik mithin in klar erkennbaren Positionierungen zu großen Teilen ihren diskursiven Frieden mit sich selber gemacht. Aber die Basis bildete, wie schon angedeutet, ein Gesellschaftsvertrag zu Lasten Dritter. Es war die vom SVR nicht abgefragte, aber aus anderen Umfragen sprechende tendenzielle Exklusion der Muslime:

Auch andere Umfragen bestätigten die verhalten positiven Trendaussagen des SVR-Integrationsbarometers 2012 - von der letzten Studie der 'Transatlantic Trends' 2011 bis zu den neuesten Ergebnisse der Bielefelder "Deutschen Zustände". Die Umfragen zeigten wie die des SVR, dass die wachsende kulturelle Vielfalt in der Einwanderungsgesellschaft mehrheitlich positiv oder sogar als Bereicherung wahrgenommen wird.<sup>29</sup> Die Tatsache, dass zugleich die gemessenen Abwehrhaltungen gegenüber Muslimen wuchsen, hat Naika Foroutan als ein "Paradoxon des Pluralismus" interpretiert "nach dem Motto: Vielfalt ja, aber ohne Muslime!" Deshalb sei, so Foroutan zu Recht, der "Vielfaltsoptimismus anzuzweifeln, solange er die größte religiöse Minderheit in Deutschland nicht mitdenkt, denn Vielfalt ohne Muslime wäre schlussendlich ein inhärenter Widerspruch. (30

Den tragenden islamophoben Abwehrargumenten gegen eine fortschreitende 'Islamisierung Europas' fehlt jede empirische Basis, wie Naika Foroutan in ihrem detaillierten Gutachten gezeigt hat, das alle von Forschungseinrichtungen dazu

Bertelsmann Stiftung, Zuwanderer identifizieren sich mit Deutschland; Auffassung der Ostdeutschen über Ausländer (Umfrage Bundesverband ,Volkssolidarität'), in: MiGAZIN, 30.7.2009; Kontakte zwischen Zuwanderern und Deutschen nehmen zu (Umfrage Institut für Demoskopie Allensbach), in: ebd., 7.9.2009; Breiter Zuspruch für Einwanderungspolitik in Deutschland (Umfrage German Marshall Fund), in: ebd., 8.12.2009; Personen mit türkischem Migrationshintergrund weisen einen hohen Integrationswillen in die deutsche Gesellschaft auf (Umfrage Info GmbH/Liljeberg Research International), in: Newsletter Migration und Bevölkerung, Sept. 2012; Zick/Küpper, Zusammenhalt durch Ausgrenzung?, S. 171f.

ermittelten Daten zusammengetragen hat. "Deren wissenschaftliche Analyse ist leider im politischen Diskurs dem Bauchgefühl einer meinungsbildenden Mehrheit unterlegen", kritisiert Foroutan und meint damit insbesondere das "Bauchgefühl' der "islamkritischen' Publizisten und ihrer medialen Adepten. Mehr noch: "Trends und Ergebnisse, die in puncto Integrationsfortschritte von der Wissenschaft gemessen werden, verschärfen eher das Misstrauen gegenüber der Forschung, als dass sie zu einem Stimmungswechsel innerhalb der Gesellschaft führen."<sup>31</sup>

Dieses wissenschaftsfeindliche Misstrauen, insbesondere gegenüber der "sogenannten Migrationsforschung" aber ist in Deutschland, wie gezeigt, eine ganz besonders nachhaltige Leistung der in dieser Hinsicht erklärtermaßen forschungsfeindlichen publizistischen "Islamkritiker". Der Nachhall ihrer ebenso flachen wie höhnischen wissenschaftsfernen und wissenschaftsfeindlichen Argumente lässt sich bei jedem Mausklick auf die Seiten der islamfeindlichen Netz- und Hetzwerke nachvollziehen.

In der weiteren Interpretation des Missverhältnisses von Wahrnehmung und Empirie indes unterscheidet sich mein Ansatz von demjenigen von Naika Foroutan, die zusammenfassend folgert: "Da die empirischen Daten jedoch nicht auf eine Islamisierung Europas schließen lassen, sich diese Sorge aber offenbar in großen Teilen der Bevölkerung hält, handelt es sich daher wohl eher um die Furcht vor einem diskursiven Einfluss oder vor erhöhter Repräsentation und Partizipation. [...] Dies kann als Hinweis darauf begriffen werden, dass es sich bei der sogenannten Integrationsdebatte nicht wirklich um Fragen der Integrierbarkeit von Islam oder Muslimen handelt, sondern um Stellvertreterkonflikte, um den Zugang zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen in einer immer stärker unter ökonomistischen Verteilungsgesichtspunkten strukturierten Gesellschaftsordnung."<sup>32</sup>

Aus meiner Sicht ist der islamfeindliche Widerspruch zwischen Empirie und Wahrnehmung nicht primär Ausdruck solcher Zugangs- und Teilhabekonkurrenzen. Wäre er dies, dann müsste er auch gegenüber anderen Zuwanderergruppen wirken, was erkennbar nicht der Fall ist. Für mich ist dieser Widerspruch, der Spannung in der tragenden Verstrebung eines Gewölbes ähnlich, geradezu konstitutiv für die erwähnte eskapistische Ersatzdebatte im Sinne der negativer Integration, auf die sich nun scheinbar alle einigen können – ausgenommen naive 'Gutmenschen', angeblich gefährliche wissenschaftliche 'Schönredner' und die Muslime selbst.

Aber jeder darf natürlich auch seine 'guten Muslime' haben. Nur 'der' Islam ist gefährlich, weil er schlicht das Gegenbild von allem ist, was 'uns' an Werten gemeinsam wichtig ist. Und 'der' Islam hat bekanntlich mit 'den' Muslimen zu tun, jedenfalls mit denen, die sich nicht hörbar und sichtbar von ihm distanzieren. Deshalb sind auch 'die' Muslime zumindest potentiell und latent gefährlich...- und schon schnappen die diskursiven Fallen der 'Islamkritik' zu. Diese schlichten zirkulären Kurzschlüsse in einem geschlossenen Welt- und Feindbild sind heute dank des regen Wirkens der publizistischen Pioniere der 'Islamkritik' weithin öffentliches 'Gedankengut' geworden. Ihre Propagandisten haben damit die deutsche in die

\_

<sup>&</sup>lt;sup>31</sup> Ebd., S. 55.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Ebd., S. 57.

europäische Spitzengruppe der 'islamkritisch' bis islamfeindlich eingestellten Bevölkerungen<sup>33</sup> getragen, welch ein – verheerender – Erfolg.

Der diskursive Friede auf der Grundlage des Gesellschaftsvertrags zu Lasten Dritter ist in der Einwanderungsgesellschaft ein gefährlicher Konsens; denn er beruht bei einem großen Teil der Mehrheitsbevölkerung auf dem tendenziellen Ausschluss der größten – muslimischen – Minderheit. Die angeblich 'neue Integrationsdebatte', die diesen Exklusionsmechanismus bedient, ist aus meiner Sicht eine eskapistische Ersatzdebatte anstelle der gefürchteten und deshalb nicht gewagten Debatte um die neue gemeinsame Identität in der Einwanderungsgesellschaft. Der Politikwissenschaftler Dieter Oberndörfer hat als kritischer Multikulturalist und konservativer Republikaner diese Debatte seit den 1990er Jahren vergeblich angemahnt.<sup>34</sup>

Es sei "höchste Zeit, den Antiislamismus gesellschaftlich als die korrupte, bigotte, intolerante, chauvinistische, verleumderische, ekelhafte, rassistische Hetzerei zu ächten, die er ist", warnte Kay Sokolowsky ein Jahr vor Sarrazins Buch, am Ende seiner 2009 vorgelegten Kritik der 'Islamkritik' und fügte ein düsteres Prognostikon an: "Der Boden ist bestellt, die Saat geht schon auf, und wenn Politik und Medien die allgemeine Akzeptanz islamfeindlicher Slogans und Dogmen nicht schleunigst als enorme Gefährdung des inneren Friedens der Republik erkennen und brandmarken, dann wird demnächst auch geerntet werden. "35

Auch Sokolowskys Warnung wurde überhört. Sein Buch erreichte keine der Bestseller-Listen, auf denen sich 'islamkritische' Titel drängten. Die weitere Formation von 'islamkritischen' und islamfeindlichen Strömungen zu einer machtvollen Bewegung im Schatten der Sarrazin-Debatte und die blutige Begegnung von Wortgewalt und Tatgewalt aber bestätigten seine Warnungen. Was er 2009 nicht wissen konnte, war, dass die von ihm befürchtete 'Ernte' in Gestalt der Bombenattentate, Mord- und Raubzüge der NSU schon längst begonnen hatte.

Die Antwort auf die Herausforderung durch den demokratiefeindlichen Antiislamismus aber kann, von strafbaren Handlungen, Vorhaben und Vereinigungen abgesehen, nicht Sache von Verboten sein. Zensur ist ein Widerspruch zur Freiheit des Arguments und trifft ohnehin meist die Falschen. Beobachtung muss nötigenfalls sein – aber durch einen "Verfassungsschutz", der diesen Namen verdient.

Es geht vielmehr darum, anstelle der eskapistischen Ersatzdebatten endlich die Debatte um die neue kollektive Identität in der Einwanderungsgesellschaft zu wagen. Dazu braucht man politischen Mut und Durchhaltevermögen. Denn dabei geht es nicht um Patentlösungen, sondern um eine dauerhafte und sich stets neu stellende Aufgabe in der sich eigendynamisch weiter entfaltenden Einwanderungsgesellschaft. Einige Überlegungen dazu bietet das letzte Teilkapitel.

35 Sokolowsky, Kay: Feindbild Moslem, Berlin 2009, S. 146, 183.

\_

<sup>33</sup> Hierzu die Daten und Schaubilder ebd., S. 17-22.

<sup>&</sup>lt;sup>34</sup> Vgl. z.B. Oberndörfer, Dieter: Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas, Freiburg i.Br. 1991; ders., Der Wahn des Nationalen. Die Alternative der offenen Republik, Freiburg i.Br. 1993; ders., Assimilation, Multikulturalismus oder kultureller Pluralismus. Zum Gegensatz zwischen kollektiver Nationalkultur und der kulturellen Freiheit der Republik, in: Bade, Klaus J. (Hg.): Migration – Ethnizität – Konflikt. Systemfragen und Fallstudien, Osnabrück 1995, S. 127-147; ders., Deutschland in der Abseitsfalle, Freiburg i.Br. 2005.

### 2. Das Ende der Ersatzdebatten: von negativer Integration zu neuer Identität in der Einwanderungsgesellschaft

Wichtig ist in der Einwanderungsgesellschaft nicht nur, wogegen man sich wehren muss, sondern auch, wofür man gemeinsam einstehen will. Dieses schon mehrfach erwähnte solidarische "Wir", das das tragende wechselseitige Grundvertrauen in der demokratischen Einwanderungsgesellschaft sichert, ist Extremisten auf allen Seiten ein Dorn im Auge; denn nichts ist für sie lähmender als Anerkennung durch Teilhabe und die gelebte Akzeptanz kultureller Vielfalt in sozialem Frieden. Deshalb auch gibt es eine intentionale Symbiose zwischen fundamentalistischen Islamisten und fundamentalistischen Antiislamisten - im islamophagen Kampfjargon von Politically Incorrect also zwischen den Anhänger von "Dschihad" und "Counter-Dschihad'. Gemeinsam ist ihnen die Verachtung der vermeintlich aus Schwäche geborenen ,multikulturalistischen' demokratischen Einwanderungsgesellschaft und das Interesse an deren Destruktion.

In einem Zusammenbruch ihrer Werte und Strukturen mit Konflikten in Wohnumfeld, Nachbarschaft und letztlich expandierenden bürgerkriegsähnlichen Szenarien zunächst in großstädtischen Distrikten mit starker Zuwandererbevölkerung sehen beide Seiten in ihren Wahnvorstellungen eine Chance, sich als neue Ordnungsmächte zu gerieren, deren Waffen Terror und Gegenterror sind. 36 Auch Ansätze zur Verwirklichung solcher sozialparanoiden Vorstellungen können eminent gefährlich werden. Sie können verhindert werden, wenn die demokratische Einwanderungsgesellschaft ihre Verfassung lebt, wenn sie sich also auf ihre verfassungsmäßigen Werte besinnt und deren Feinden auf dieser Grundlage in Freiheit entschieden, mutig und wehrhaft entgegentritt.

Nötig dazu ist einerseits die Ächtung der den sozialen und kulturellen Frieden in der Einwanderungsgesellschaft gefährdenden, geschickt an der Grenze der Verfassungskonformität operierenden Agitationen. Das gilt für aggressive Minderheiten ebenso wie für nicht minder aggressive, an der gleichen Grenze lavierende minderheitenfeindliche Gruppen aus der Mehrheitsbevölkerung, z.B. für die über die Religionskritik im engeren Sinne hinaus gehende, pauschalisierende und eine ganze Glaubensgemeinschaft denunzierende vulgärrationalistische 'Islamkritik'. Sie geriert sich als Retter des Abendlandes, betreibt aber in Wahrheit desintegrative Identitätssicherung der Mehrheit mithilfe der Auskreisung einer starken und in sich vielgestaltigen Minderheit, also negative Integration, auch um den Preis eines regelrechten Kulturkrieges, durch den ihre Agitation zu sich selbst erfüllenden Prophezeiung werden würde.

Nötig ist andererseits - trotz aller prekären Probleme der Selbstbeschreibung im Blick auf die jüngere deutsche Geschichte - eine klare und mutige Selbstbeschrei-

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> Vgl. dazu die Einschätzung von Kai Hafez, die von der "derzeitigen Schizophrenie Europas zwischen dem Liberalismus weiter Teile des politischen Systems und der Intoleranz weiter Teile der Gesellschaften" ausgeht: Hafez, Kai: Freiheit, Gleichheit und Intoleranz. Der Islam in der liberalen Gesellschaft Deutschlands und Europas, Bielefeld 2013, S. 131f., 134f., 139.

bung von Einwanderungsgesellschaft und Einwanderungsland, heute selbstverständlich auch unter Beteiligung der Einwanderbevölkerung: Zu den Schleifspuren der verhängnisvollen und durch politische Amnesie nicht aus der Geschichte zu schaffenden jahrzehntelangen politischen Erkenntnisverweigerung in Sachen Migration und Integration gehört, dass es bis heute nicht gelungen ist, ein für alle in diesem Land Lebenden – Deutsche, Einwanderer und Ausländer – verstehbares Selbstbild zu entwickeln. Darin müssen die wirtschafts-, gesellschafts- und kulturpolitischen Dimensionen Migration und Integration ebenso ihren Ort finden wie die Menschen, die in dieser Einwanderungsgesellschaft leben und die zu einer beschreibbaren neuen gruppenübergreifenden Identität finden müssen, die im Alltag schon gelebt wird, aber noch keinen Namen hat.

In der neuen deutschen Einwandererelite hatten sich am Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts die Warnungen vor einer Flucht in die negative Integration verstärkt. Das zeigen beispielhaft die kulturkritischen Einschätzungen des deutsch-türkischen Dichters und Schriftstellers Zafer Şenocak und der deutschiranischen Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan:

"Kann ein guter Deutscher wirklich nur sein, wer kein Türke mehr ist?", fragte Zafer Şenocak vor dem Hintergrund der zur kollektiven Empörungsdiskussion aufsteigenden Sarrazin-Debatte Anfang August 2010. Das Gegenteil einer polarisierenden Identitätsdebatte sei die "Durchlässigkeit an konstruierten Grenzen. Erst diese Durchlässigkeit ermöglicht das allmähliche Entstehen einer Avantgarde, einer erst einmal kleinen Gruppe von Menschen, die sich als Weltbürger verstehen, sie übernehmen Vorbildfunktionen, die für eine Einwanderungsgesellschaft unverzichtbar sind.

Doch die Wirklichkeit in Deutschland sieht anders aus. Zu dünn ist die Luft, in der eine solche Avantgarde sich frei entfalten könnte. Im Gegenteil: Die meisten selbständig denkenden Türken in Deutschland, die sich weder von deutschen noch türkischen Identitätsnostalgikern instrumentalisieren lassen, werden an den Rand gedrängt und unsichtbar gemacht. Bewegliche, nicht fixierte Identitäten werden nach wie vor mehr als Gefährdung denn als Chance wahrgenommen. Übrig bleiben die Wasserträger einer verunsicherten, nach Selbstbestätigung lechzenden Mehrheitsgesellschaft und diejenigen unter den Einwanderern, die sich abschotten und somit das Gesamtbild komplett machen.

Herkunft und Lebenswirklichkeit zu einer nicht konfliktfreien, aber fast immer produktiven, vor allem beweglichen Identität zu verbinden, diese Beweglichkeit ist das Kapital jeder spätmodernen Gesellschaft. In Deutschland aber wird dieses Kapital nicht nur vergeudet, es wird auch innerlich und rhetorisch abgelehnt. Die Erhöhung des Selbst durch die Stigmatisierung des Anderen mag einer durch Einwanderung verunsicherten Gesellschaft vorübergehende Erleichterung verschaffen. Doch letztlich erweist sie ihr einen Bärendienst. Denn die hohe Warte, von der man auf andere herabschaut, hat keine Fundamente. Sie offenbart lediglich einen Abgrund."<sup>37</sup>

Şenocak, Zafer: Migration als Einbahnstraße, in: dradio.de, Reihe: Essay und Diskurs, 1.8.2010.

Naika Foroutan hatte in einer kulturkritischen Gesellschaftsdiagnose über die Spannung zwischen Realität, "gefühlter Empirie" und insbesondere dem "Bauchgefühl" von durch den kulturellen Wandel verunsicherten "lauten Männern" in Deutschland schon Ende 2009 geschrieben:

"Während die Realität uns Menschen mit muslimischem Migrationshintergrund also durchaus bescheinigt, dass wir uns aktiv einfügen wollen, ohne unsere kulturellen Wurzeln zu vergessen, dass uns eine erhöhte Frustrationstoleranz und höhere psychische Robustheit zugeschrieben werden, dass man auf Expertenseite unsere Sprachkompetenz als Bereicherung schätzt und unsere Vermittlerrolle im kulturellen Dialog hervorhebt, unser Empathievermögen und unsere Flexibilität lobt, und während wir langsam beginnen, uns als das neue weltoffene Gesicht Deutschlands zu präsentieren, als multi-ethnische "Neue Deutsche", beobachten wir eine rückständige, realitätsferne, griesgrämige und von Ur-Ängsten dominierte Empirie der öffentlichen Meinung.

Während unsere hybride Identität uns in die Lage versetzt, "Mehr-Heimigkeit" als Ressource zu empfinden und unsere antagonistischen Identitätsspole zu nutzen [...], wundern wir uns teils still, teils sprachlos, teils machtlos, teils traurig, teils resigniert und teils voller Wut über die Wirkungsgewalt von Themen, die mit ihrer Diskursmacht alles auf eine Homogenisierung der Identität reduzieren.

Während ein Großteil von uns längst eine postintegrative Perspektive eingenommen hat und wir in unserem Deutschland bereits angekommen sind, legt sich über diese wirkliche, messbare und nachweisbare Wahrheit die träge Matrix der Hyperrealität – die Sehnsucht nach einem alten Deutschland, das vielleicht ein bisschen bunt, aber bitte ohne 'die Muslime' daherkommen sollte. Diese Hyperrealität dominiert die Wahrnehmungswelt und in Folge leider unsere Lebenswirklichkeit: Mit steigenden Integrationserfolgen, Bildungsaufstieg und unserer Präsenz im Elitenraum, mit Deutsch als 'Muttersprache' und Muslimen als Nachrichtensprechern und Kulturpreisträgern, beginnt die fiktive Konstante der kollektiven Identitätszuschreibung – 'Deutsch-Sein' – als letzte sichere Ressource zu bröckeln. Dies lässt Abwehrmechanismen in der Mehrheitsgesellschaft wuchern, die ihre Identität dadurch zu festigen versucht, dass sie uns als 'Andere' markiert."<sup>38</sup>

Unter dem Eindruck der Sarrazin-Debatte hat Naika Foroutan dann im Herbst 2010 in einem immer wieder nachgedruckten kleinen Aufsatz von einer demonstrativen Selbstfindung der neuen Einwandererelite berichtet. Sie positioniert sich zunehmend selbstsicher und in kultureller Pionierfunktion, gegenüber durch die kulturelle Eigendynamik der Einwanderungsgesellschaft verunsicherten Kreisen der Mehrheitsbevölkerung, die von geschäftstüchtigen rückwärtsgewandten Identitätsideologen und überassimilierten Opportunisten mit Migrationshintergrund in ihren kulturalistischen Abwehrreflexen bestärkt werden:

"Seitdem die 'Sarrazin-Debatte' offensichtliche Exklusionsmechanismen zu Tage förderte, die bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein vertreten werden, sind auch überraschend klare Selbstverteidigungsreaktionen bei Menschen mit Migrationshintergrund zu beobachten. Aus den multiplen Wir-Identitäten, welche die Zugehörigkeitskontexte dieser Menschen mitbestimmen, artikuliert sich immer

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Foroutan, Naika: Wahrheit und Gefühl, in: Frankfurter Rundschau, 18.12.2009.

häufiger der Gedanke einer neuen deutschen Identität "in between". Offen wird eine Stimmung verhandelt, in der trotzig ein ,wir gehören dazu' und ,Das ist auch unser Land' artikuliert wird. Als hätte ein Moment der Angst um den Verlust der Heimat das Bewusstsein geschaffen, dass man ein postmodernes Bekenntnis artikulieren möchte.

In dieses Bekenntnis reihen sich auch jene Herkunftsdeutschen ein, für die die Debatte die Frage aufwirft, mit wem man sich selbst in seinem Land eher assoziiert und mit wem man eine vergleichbare Ideenwelt oder aber eine Vorstellung von Zukunft teilt. Eine parodierende Variante dessen lautete in den 1980er Jahren: Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein.' Geändert hat sich seitdem, dass diese 'Ausländer' zu einem wesentlichen Bestandteil Deutschlands geworden sind. Dabei bedeutet die Idee, sich Deutschland ohne Multikulturalität nicht mehr vorstellen zu wollen, keineswegs, dass man religiösem Extremismus nicht aktiv entgegenträte - nein: man tritt ihm nur gemeinsam entgehen - genauso wie dem Rechtspopulismus.

Deutschland ist nach der 'Sarrazin-Debatte' ein gespaltenes Land. Aber die Trennlinie verläuft nur oberflächlich zwischen "den Muslimen" und "dem Rest" und nur temporär zwischen Menschen mit Migrationshintergrund und jenen ohne. Die Trennlinie verläuft zwischen den 'alten' und den 'neuen' Deutschen und ihrer jeweiligen Vision von der Zukunft ihres Landes. Es sind zwei unterschiedliche Vorstellungen von Deutschland, die hier aufeinanderprallen. Das neue Deutschland wird sich in der Zukunft nicht mehr durch Herkunft, Genetik und Abstammungsstrukturen definieren können – dies erlaubt schon der demografische Wandel nicht mehr. Es wird sich trotzdem nicht abschaffen - es wird nur ethnisch und kulturell vielfältiger sein. Und Deutschsein gilt dann als Chiffre für die Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Land."39

Für ein so konzipiertes neues, Zusammenhalt stiftendes Selbstbild der Einwanderungsgesellschaft aber brauchen wir gemeinsam erarbeitete Grundorientierungen - nicht nur wogegen, sondern auch wofür. 40 Und wir brauchen darauf gegründete Spielregeln, von denen die wichtigsten schon im Grundgesetz stehen, das aber hierzulande offenkundig nicht eben jeder kennt. Zu diesen Grundorientierungen und Spielregeln gehört auch eine über passive Toleranz hinausgehende aktive Akzeptanz von Zuwanderung als wirtschaftlichem Kräftezuwachs und als kultureller Bereicherung im Sinne des kanadischen Mottos ,Vielfalt ist unsere Kraft' (,diversity is our strength'). Das ist das Gegenteil von Xenophobie und Kulturrassismus, von 'Islamkritik' und Islamfeindschaft.<sup>41</sup>

<sup>39</sup> Foroutan, Naika: Neue Deutsche, Postmigranten und Bindungs-Identitäten. Wer gehört zum neuen Deutschland?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2010, H. 46-47, S. 9-15.

Hierzu zuletzt: Schneider, Jens/Chávez, Leo/DeSipio, Louis/Waters, Mary: Belonging, in: Crul, Maurice/Mollenkopf, John (Hg.): The Changing Face of World Cities. Young Adult Children of Immigrants in Europe and the United States, New York 2012, S. 206-232; Pries, Ludger (Hg.): Zusammenhalt durch Vielfalt? Bindungskräfte der Vergesellschaftung im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2012; Sennett, Richard: Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Berlin 2012.

Grundlegend hierzu: Hafez, Freiheit, Gleichheit und Intoleranz, S. 297-322; vgl. Forst, Rainer: Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs,

Nötig zu alldem ist, durchaus im Sinne der Orientierungskurse im Paket der Integrationskurse für Zuwanderer, ein lebensbegleitendes Orientierungsangebot für Alle in der Einwanderungsgesellschaft, also auch für Bürger ohne den sogenannten Migrationshintergrund: Das reicht von der vorschulischen Erziehung, schulischen Bildung und beruflichen Ausbildung über die Kommunikation am Arbeitsplatz bis hin zur kultursensiblen Altenpflege.

Dieses neue Orientierungsangebot sollte sich ebenso in einer entsprechenden Ausrichtung aller publikumsintensiven öffentlichen Einrichtungen spiegeln, in denen, Umfragen zu Folge, von Zuwanderern nach wie vor die meisten Diskriminierungen erfahren oder doch empfunden werden - von den bei Umfragen noch immer besonders beklagten Umgangsformen im Ausländer- oder Einwohnermeldeamt bis zu Kundenpflege und Literaturangebot in der Stadtbibliothek. Die Zeiten der sozialtherapeutischen Integrationsförderung durch Maßnahmen und von 'kultureller Toleranz' als herablassendem Zugeständnis von "Einheimischen" gegenüber aus anderen Kulturen stammenden 'Fremden' sind vorbei. Kulturelle Toleranz gegenüber – ebenso einheimischen – Einwanderern kann in der Einwanderungsgesellschaft nur als Akzeptanz kultureller Vielfalt auf Augenhöhe funktionieren.

In der Einwanderungsgesellschaft ist Integrationsförderung als Teilhabeförderung für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund also ein Zentralbereich der Gesellschaftspolitik. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration hat, wie erwähnt, seiner Arbeit die 2004 entwickelte, teilbereichsorientierte Integrationsdefinition des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) zugrunde gelegt. Danach ist soziale Integration die messbare Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Das gilt ausdrücklich für Menschen mit wie ohne Migrationshintergrund. Integrationspolitik in diesem Sinne ist also ein Thema für alle in der Einwanderungsgesellschaft.

Deshalb sollte es auch – teilbereichsorientierte – "Integrationskurse" für alle geben können. Im Grunde gibt es sie ja schon längst – denn was sonst sind, wohlverstanden, die "Wiedereingliederungsmaßnahmen" am Arbeitsmarkt, wenn sie sich nicht in einem bloßen Bewerbungskarussell erschöpfen? Es sollte darüber hinaus auch das Angebot von allgemeinen Orientierungskursen für Menschen ohne Migrationshintergrund zum besseren Verständnis der Einwanderungsgesellschaft geben. Das ist das, was ich vor Jahren schon 'Integrationskurse für Deutsche' genannt habe.

Der Souverän aber ist der Auftraggeber von Politik. Er ist nicht ein verrotzter Zögling mit Lernstörungen im Sandkasten, der von seinen vermeintlichen politischen Erziehungsberechtigten nur mit möglichst ungefährlichem Spielzeuge bedacht werden darf und im Übrigen vor seinen Ängsten vor Zuwanderung und Integration zu beschützen ist, die die Politik angeblich ,ernst nehmen' muss. Der Souverän ist vielmehr, wie am Beispiel der migrationspolitischen Antworten im SVR-Barometer 2012 gezeigt, im Blick auf anstehende steuerungspolitische Entscheidungen deutlich belastbarer als von vielen politischen Akteuren vermutet.

Als Gefahren unbedingt ernst zu nehmen hingegen sind Ängste und Abwehrhaltungen gegenüber ,dem Islam', die nicht Thema der SVR-Integrationsbarometer

Frankfurt 2003; ders., Toleranz und Anerkennung, in: Agustin, Christian/Wienand, Johannes/Winkler, Christiane (Hg.), Religiöser Pluralismus und Toleranz in Europa, Wiesbaden 2006, S. 78-83.

sind. Diese Einstellungen aber sind nicht nur von 'islamkritischer' Publizistik und antiislamischer Agitation geschürt, sondern auch durch populistische Konzessionen von Politikern an diese Stimmungstreiber verstärkt worden, gerade auf dem Höhepunkt der Sarrazin-Debatte im Herbst 2010. Nur ein einziges Beispiel sei hier genannt: Der bayerische Ministerpräsident Seehofer empfahl im Oktober 2010, die Grenzen vor Türken und Arabern zu schließen und votierte gegen eine Zuwanderung "aus fremden Kulturkreisen" (ohne die gerade Bayern zweifelsohne nicht entstanden wäre). In seiner Rede zum politischen Aschermittwoch am 9. März 2011 garantierte er unter tosendem Applaus schließlich sogar einen Kampf "bis zur letzten Patrone" gegen kulturfremde Einwanderung. 42

Opportunistische Anbiederungen dieser Art zeugen nicht von politischer Bodenhaftung und Standfestigkeit, sondern von einem fahrlässigen Populismus, der ebenso so gefährlich ist wie die 'Islamkritik' selbst. Es gilt hier eine doppelte Angstschwelle zu überschreiten: die Angst der Politik vor dem Bürger als Wähler und die Angst der Bürger vor einer Politik, die sich zunehmend dem Souverän entzieht. Wer das nicht begreift, sollte nachsitzen und dabei zur Strafe Max Weber auswendig lernen müssen.

Integration in der Einwanderungsgesellschaft ist ein Zentralbereich der Gesellschaftspolitik. Sie darf nicht länger eine nebenamtliche Spielwiese des Bundesinnenministeriums, z.B. für dilettantische "Schocktherapien" und für den sicherheitspolitischen Missbrauch vertrauensbildender Strukturen wie der Islamkonferenz sein. Die zu prüfende Neuordnung von Ressortstrukturen ist nicht genug. Im kulturellen und mentalen Stress der sich rasant entfaltenden, viele Strukturen und Lebensformen von Grund auf verändernden Einwanderungsgesellschaft sind überzeugende politische Konzeptionsstärke und Handlungskraft, Führungsstärke und Verantwortungsbereitschaft in Regierungsverantwortung gefragt, wenn aus engagierten Bürgern nicht noch mehr "Wutbürger", Nicht- oder Protestwähler werden sollen.

Gelingt dieser Kurswechsel nicht, dann könnte Deutschland in den Weg anderer europäischer Länder einbiegen mit einem starken Wachstum völkischer, von charismatischen Demagogen geführter Strömungen und Parteien, zumal Einwanderungs- und Integrationsfragen ein bewährtes "Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien" sind. 43 Die konnten hierzulande bislang noch im vorhandenen Parteienspektrum aufgefangen werden. Zugleich aber formieren sich in Deutschland kulturrassistische Strömungen wie die vulgärrationalistische 'Islamkritik' auf der einen und völkisch-neurechte Kleinstparteien und Splittergruppen wie 'Pro Deutschland' und die 'Identitären' auf der anderen Seite zu einer 'Bewegung', die in vorauseilen-

Seehofer befürwortet Einwanderungsstopp für 'fremde Kulturkreise', in: Faz.Net 9.10.2010; Bade, Klaus J.: Abwehrhaltungen und Willkommenskultur in der Einwanderungsgesellschaft. in: Bertelsmann-Stiftung (Hg.): Deutschland, öffne dich! Willkommenskultur und Vielfalt in der Mitte der Gesellschaft verankern, Gütersloh 2012, S. 45-56.

Lochocki, Timo: Immigrationsfragen. Sprungbrett rechtspopulistischer Parteien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. 2012, H. 5/6, S. 30-36; vgl.: Langenbach, Nora/Schellenberg, Britta (Hg.): Ist Europa auf dem ,rechten' Weg? Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa, Berlin 2011; Goodwin, Matthew: Right Response. Understanding and Countering Populist Extremism in Europe. A Chatham House Report, London 2011.

der Ersatzfunktion schon jene negative Integration propagiert, die in anderen Staaten von fremdenfeindlichen Parteien betrieben wird.

Vielleicht brauchen diese Strömungen und 'Bürgerbewegungen' auch in Deutschland nur noch ein Sammelbecken und einen charismatischen Führer, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten. 45 Das aber wäre nur eine scheinbare "Normalisierung' des deutschen Wegs in Europa; denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von derjenigen anderer moderner europäischer Einwanderungsländer unterscheidet.

Wir brauchen zugleich eine bewusst gelebte Vorbildrolle von Politik im Umgang mit den Themen Migration und Integration. Das ist ein Feld, in dem zu lange zu viele opportunistisch-populistische Fehler gemacht wurden, die in der Einwanderungsgesellschaft grob fahrlässig sind. Gelingt dies nicht, könnte viel aus dem Ruder laufen - was man im selbstgerechten politischen Rückblick aus der Zukunft heute vielleicht, wieder einmal, "zwar schreiben, aber doch gar nicht wissen" konnte...-

Unser Umgang mit den Themen Einwanderung, Integration und Islam ist an einem kritischen Punkt angelangt. Jetzt muss sich zeigen, ob der Schock der NSU-Verbrechen einen verantwortlichen Lernprozess einleiten kann oder ob das erlebte demagogische Spiel mit gefährlichen Vorurteilen anhält oder wiederkehrt, das den Umschlag von Kritik in Gewalt weiter forcieren könnte.

Dann könnte der kulturelle und soziale Friede in der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland durch terroristische Angriffe mit konspirativen Unterstützerkreisen gefährdet werden. Das würde die rasch berühmt gewordene Botschaft des neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck in seiner Antrittsrede vom 23. März 2012 an die Adresse der "rechtsextremen Verächter unserer Demokratie" auf eine harte Probe stellen: "Euer Hass ist unser Ansporn. Wir lassen unser Land nicht im Stich. Wir schenken Euch auch nicht unsere Angst. Ihr werdet Vergangenheit sein und unsere Demokratie wird leben!"46

Überblick: Reinfeldt, Sebastian: Populismus – eine politische Technologie, in: Jäger, Margarete/Kauffmann, Heiko (Hg.): Skandal und doch normal. Impulse für eine antirassistische Praxis, Münster 2012, S. 146-159; vgl. hierzu zuletzt: Staud, Toralf/Radke, Johannes: Neue Nazis, Köln 2012. Im Grunde gab Sarrazin unbeabsichtigt in Deutschland sogar einen Auftakt zu der neurechten 'Identitären Bewegung': Nachdem in einer ersten Aktion die 'Nationalen Sozialisten Rostock' am 10.8.2012 in Rostock mit ,Hardbass'-Musik einen bedrohlichen Maskentanz aufgeführt hatten (Polizei ermittelt nach Demo von Rechtsextremisten, in: Ostsee-Zeitung,12.8.2012), gründete sich auf dem Höhepunkt der Sarrazin-Debatte im September 2010 als kulturrassistische Splittergruppe eine selbsternannte 'Sarrazin-Bewegung'. Sie berief sich auf Sarrazins Buch, präsentierte sich im Netz aber als "Identitäre Bewegung": hierzu: Roland Sieber, Neonazis übernehmen ,Identitäre Bewegung', in: Störungsmelder (Zeit Online), 16.12.2012 (<a href="http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/12/16/neonazis-uberneh-">http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2012/12/16/neonazis-uberneh-</a> men-die-identitare-bewegung\_10828>); Identitäre Bewegung, in: Wikipedia (28.12.2012).

Beachtenswert erscheint mir hier im Blick auf die ihrer Grenznähe zu rechtsextremistischen Vereinigungen wegen zum Teil vom Verfassungsschutz beobachteten "Pro'-Bewegungen Kay Sokolowskys "Vermutung, erhebliche Teile der 'autochthonen' Deutschen wären bereit, einer Partei zu folgen, die den Aniislamismus professioneller, im Ton moderater und vor allem mit weniger personeller Nähe zur NPD vertritt, als die selbsternannten "Bürgerbewegungen" es zur Zeit tun" (Sokolowsky, Feindbild Moslem, S. 144f.).

Bundespräsidialamt, Bundespräsident Joachim Gauck nach seiner Vereidigung zum Bundespräsidenten im Deutschen Bundestag.